

Presseerklärung vom 23. Juni 2020

Geplanter EU-Handelsdeal mit Südamerika gefährdet Klima, Umweltschutz und Menschenrechte

Neue Studie von MISEREOR und Greenpeace zum Mercosur-Abkommen

Aachen/ Hamburg, 23.6.2020. In wenigen Tagen übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Laut Programmtext will die Bundesregierung in dem Zug die Unterzeichnung des EU-Handelsabkommens mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten vorantreiben. In einer neuen Studie (hier: <https://act.gp/2YZ3APj>) warnen MISEREOR und Greenpeace vor gravierenden ökologischen und menschenrechtlichen Folgen. Sie fordern die Bundesregierung auf, den Plan zur Unterzeichnung aufzugeben und sich für eine grundlegende Reform der EU-Handelspolitik auszusprechen. Einen Deal mit dem rechtspopulistischen Präsidenten Brasiliens, Jair Bolsonaro, bezeichnen sie als „Abkehr von europäischen Werten“.

Die zollbegünstigten Einfuhrquoten der EU aus dem Mercosur würden für Rind- und Hühnerfleisch um die Hälfte, für Bioethanol auf Zuckerrohrbasis sogar um das Sechsfache ansteigen. Durch die Halbierung von Exportabgaben würden auch argentinische Sojaexporte zunehmen. „Das Handelsabkommen würde in Südamerika die Expansion von Zuckerplantagen, Sojafeldern und Weideflächen beschleunigen. Das sind Haupttreiber von Waldzerstörung, Landvertreibungen indigener Völker und Menschenrechtsverletzungen“, kritisiert Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer von MISEREOR. Ähnliches gelte für Eisenerz und Bauxit. „Durch ein Verbot von Exportabgaben im Mercosur will die EU europäischen Unternehmen den günstigen Zugang zu Rohstoffen sichern, ohne sie zur Achtung von Umwelt und Menschenrechten zu verpflichten.“

Gift für das Klima

„Der Handelsdeal ist ein Brandbeschleuniger, der die Zerstörung des Regenwaldes weiter vorantreibt“, warnt Martin Kaiser, Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland. „Die Amazonasregion braucht unser aller Schutz, denn die ersten Feuer der Saison lodern bereits und die Welt wird in Kürze mit der nächsten, gigantischen Waldbrandkatastrophe konfrontiert sein. Die EU hat nun gemeinsam mit anderen die Pflicht, diese Katastrophe zu verhindern.“ Laut Studie ereigneten sich im letzten Jahr 70 Prozent der brasilianischen Amazonasbrände in den Herkunftsregionen für Schlachtfleisch. „Wenn Angela Merkel für besseren Klimaschutz eintreten will, darf sie den Deal mit Bolsonaro nicht zulassen. Der Abschluss wäre nicht nur eine klimapolitische Bankrotterklärung der EU, sondern würde gleich zu Beginn der Ratspräsidentschaft einen völligen Vertrauensverlust in die Versprechen der Bundeskanzlerin bedeuten“, betont Kaiser.

Jetzt ist Deutschland gefordert, sich gegen dieses Abkommen auszusprechen und damit anderen Ländern zu folgen. In Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Irland und Belgien kündigten Parlamente oder Regierungen Widerstand an. Statt Bolsonaros Politik zu legitimieren, sollte sich die Bundesregierung für eine sozial-ökologische Neuausrichtung von Handelsabkommen stark machen. Die von EU-Handelskommissar Phil Hogan in der vergangenen Woche angekündigte Konsultation über eine Reform der EU-Handelspolitik bietet dafür eine Gelegenheit.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Greenpeace Handels-Experten Jürgen Knirsch, Tel. 0171/8780816 oder MISEREOR Handels-Experten Armin Paasch, Tel. 0176/22630755.

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, KTO: 33 401, BLZ: 430 609 67
IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01, BIC GENODEM1GLS

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

GREENPEACE